

Handout zum Referat:

Wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie

Ist Demokratie ein Wohlstandsmotor oder ein Wohlstandsprodukt? (Uwe Sunde)

Übersicht:

SUNDE analysiert die jüngere empirische Literatur zum Thema der Kausalität zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratie und geht dabei der umstrittenen Frage der Kausalitätsrichtung nach. Er äussert aufgrund einer durchgeführten qualitativen Einschätzung Zweifel an einem direkten kausalen Zusammenhang in irgendeiner Richtung und verweist auf die Bedeutung von indirekten Effekten. Die analysierten Studien belegen die besseren Rahmenbedingungen für eine indirekte Steigerung von wirtschaftlicher Entwicklung in Demokratien durch die Akkumulation von Humankapital und durch die Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und Eigentumsrechten. Umgekehrt wird Demokratie eher indirekt - über Ungleichheits- und Ressourcenverteilung - und nicht direkt durch wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst.

Gesellschaftliche Relevanz des Zusammenhangs zwischen Demokratie und Wohlstand

Die Relevanz der Forschungsfrage nach der Kausalitätsrichtung hinter der - in der Forschungsliteratur mehrfach dargelegten - positiven Korrelation zw. wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratie liegt auf der Hand: Für die globale Entwicklungspolitik ist es entscheidend, ob eine Gesellschaft primär demokratisiert sein muss damit sich wirtschaftliche Entwicklung einstellt, oder ob umgekehrt eine wachsende Wirtschaft Demokratisierung ermöglicht. Konkret kann dieser Zusammenhang am Beispiel Irak dargestellt werden: Ist der Versuch Demokratie zu „installieren“ um wirtschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen die richtige Strategie? Oder wäre es sinnvoller gewesen, über wirtschaftspolitische Kanäle zu versuchen die irakische Wirtschaft anzukurbeln um eine Demokratisierung zu bewirken?

Anmerkungen zum Forschungsstand:

Im Rahmen der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Wohlstand und Demokratie haben sich zwei unterschiedliche Forschungsperspektiven etabliert: Der *institutionelle Ansatz* geht von Auswirkungen demokratischer Strukturen auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Demnach kann Demokratie direkt oder indirekt über die durch politische Institutionen implementierten politischen Massnahmen Anreize schaffen, die das wirtschaftliche Wachstum determinieren. Der sogenannte *Entwicklungsansatz der Modernisierungstheorie* hingegen sieht Demokratisierung selbst als Funktion des sozioökonomischen Entwicklungsstandes. Demnach müsste wirtschaftlicher Entwicklung in der Entwicklungs- und Aussenpolitik Vorrang gewährt werden.

Ältere Studien zum Thema verwendeten Querschnittsdaten von spezifischen Ländersamples; eine Vorgehensweise, die in der Literatur vermehrt in die Kritik geraten ist und auch von SUNDE als ausserordentlich problematisch bezeichnet wird, da erstens eine umgekehrte Kausalität nicht ausgeschlossen werden kann und zweitens zeitliche Variationen sowie zeitinvariante, länderspezifische Einflussfaktoren nicht berücksichtigt werden können. Entsprechend wird in neueren Studien vermehrt auf Paneldaten zurückgegriffen und mit länderspezifischen *fixed-effects* gearbeitet.

Aus methodologischer Sicht kann festgehalten werden, dass sich zur Messung von Demokratie zwar eine überschaubare Anzahl an Messinstrumente durchgesetzt hat (Freedomhouse, Polity IV, ICRG); diese unterschiedlichen Operationalisierungen von Demokratie bei der Analyse der empirischen Ergebnisse jedoch entsprechend berücksichtigt werden müssen. SUNDE plädiert in diesem Zusammenhang insbesondere für eine strikte Trennung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und für eine entsprechend separate Betrachtung von Demokratie als Staatsform im engeren Sinne (Wahl und Gestaltungsrechte für alle Bürger) und von sog. „ökonomischen“ Institutionen (Rechtsstaatlichkeit und Eigentumsrechte). Auch bei der Operationalisierung von wirtschaftlicher Entwicklung werden in den untersuchten Studien verschiedene Ansätze verwendet: So messen gewisse Studien wirtschaftliche Entwicklung als Zustand (z.B. Einkommen), andere hingegen als Prozess (Geschwindigkeit des Wachstums innerhalb eines Zeitraumes).

Aufgrund der bereits angesprochenen Etablierung der Forschung mit Paneldaten und *fixed-effects*, richtet sich der Fokus der Analyse von SUNDE hauptsächlich auf indirekte Effekte. Diese werden anhand dreier Typen von Wirkungskanälen - ökonomische, polit-ökonomische sowie institutionelle - kategorisiert.

Von Demokratie zu wirtschaftlicher Entwicklung

Vertreter des institutionellen Ansatzes sind sich (im Gegensatz zu Vertretern des Entwicklungsansatzes der Modernisierungstheorie) nicht einig ob der Zusammenhang zw. Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung positiv ist: Die Vermutung möglicher negativer Auswirkungen von Demokratie auf das wirtschaftliche Wachstum werden als *Trade-off*-Positionen bezeichnet, wonach Demokratie ein uneffizienter gesellschaftlicher Luxus darstellt, der sich - beispielsweise über erhöhte staatliche Ausgaben - negativ auf das Wachstum auswirkt. Dem entgegen stehen die *Win-Win*-Positionen, die einen positiven Effekt von Demokratie auf Wirtschaftswachstum postulieren.

Jüngere - auf Längsschnittdaten basierende Studien - stützen gemäss SUNDE insgesamt tendenziell den *Win-Win*-Ansatz in dem sie einen schwachen, jedoch positiven kausalen Zusammenhang zwischen Demokratisierung und wirtschaftlicher Entwicklung messen. Die Effekte verlaufen gemäss SUNDE jedoch hauptsächlich indirekt über die verschiedenen angesprochenen Wirkungskanäle:

- (1) **Ökonomische Kanäle:** Obwohl sowohl positive als auch negative Effekte von Demokratie auf die Akkumulation von physischem Kapital gemessen werden, ist gemäss SUNDE ein positiver Effekt von Demokratie auf wirtschaftliche Entwicklung über die Humankapitalbildung festzuhalten. Durch die gesteigerte Humankapitalakkumulation wird dem wirtschaftlichen Wachstum ein entscheidender Impuls gegeben.
- (2) **Polit-ökonomische Kanäle:** Hier stehen primär soziale Ungleichheit, Umverteilung und die Grösse des Staatsapparates, sowie Handelsliberalisierung und wirtschaftliche Stabilität im Zentrum. SUNDE gelangt hier kein abschliessendes Urteil zum Wirkungszusammenhang zw. Demokratie und Wirtschaftswachstum. Die empirische Evidenz spricht jedoch insgesamt - trotz negativer Einflüsse wie der Staatsgrösse - eher für einen positiven indirekten Effekt primär über die Reduktion von sozialer Ungleichheit.
- (3) **Institutionelle Kanäle:** Zentral für wirtschaftliche Entwicklung sind sog. ökonomische Institutionen, insbesondere Rechtsstaatlichkeit mit entsprechend tiefer Korruption sowie Eigentumsrechte. Demokratie hat demnach einen wirtschaftsfördernden Effekt, solange diese Institutionen implementiert werden. Die Frage, ob demokratische Strukturen für die Implementierung dieser Institutionen notwendig sind, bleibt aber offen.

Von wirtschaftlicher Entwicklung zu Demokratie

Im Zentrum des entwicklungstheoretischen Modernisierungsansatzes steht die *Aristoteles-Lipset*-Hypothese (LIPSET 1959), wonach wohlhabende Staaten mit höherer Wahrscheinlichkeit Demokratien implementieren und aufrecht erhalten als arme Staaten. Ältere Forschung geht bei der empirischen Untersuchung von einem direkt kausalen und positiven Effekt vom Entwicklungsstand der Wirtschaft auf Demokratie aus. Das Problem dabei ist, dass sobald länderspezifische *fixed-effects* mit einbezogen werden, sich keine direkte Kausalität mehr belegen lässt. Entsprechend liegt auch hier die Existenz von indirekten Effekten nahe:

- (1) **Ökonomische Kanäle:** Teile der analysierten Empirie zeigen, dass Humankapitalakkumulation selbst unter Diktaturen zur Armutssenkung und dadurch zu einer Steigerung der wirtschaftlichen Entwicklung führe. Letztere vereinfache wiederum die Verbesserung von politischen Institutionen (Demokratisierung). Andere Studien jedoch widerlegen anhand von Paneldaten und der Kontrolle von *fixed-effects* den positiven Zusammenhang zwischen Bildung (Humankapitalakkumulation) und Demokratisierung.
- (2) **Polit-ökonomische Kanäle:** Laut der untersuchten Empirie führt wirtschaftliche Entwicklung zum Zusammenbruch von Diktaturen und zur Aufrechterhaltung von Demokratie, solange sie mit geringer Ungleichheit einher geht. Entsprechend kann von einem indirekten positiven Effekt von wirtschaftlichem Wachstum auf Demokratisierung über geringe Einkommensungleichheit gesprochen werden. Ressourcenreichtum hingegen führt zu erhöhter Ungleichheit und wirkt sich entsprechend negativ aus. Auch über Handelsoffenheit kann sich wirtschaftliches Wachstum negativ auf Demokratie auswirken, da u.U. Verteilungskonflikte verschärft werden, die eine Demokratie belasten und demokratische Reformen erschweren würden.

Literatur:

Sunde, Uwe (2006): *Wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie: Ist Demokratie ein Wirtschaftsmotor oder ein Wohlstandsprodukt?* Bonn: IZA. [Internet: <http://www.ftp.iza.org/dp2244.pdf>]